



# Statements: Soirée Politique 2018

## 1 Kanton Zürich

**Teilnehmende am Tisch:** Wangdü de Silva (JGLP CH), Leroy Bächtold (Jungfreisinnige CH), Dominic Täubert (Jupa ZH), Matteo Baschera (Jungfreisinnige CH), Stefanie Marolf (PHZH) und Cloé Jans (gfs.bern). Moderation: Sabrina Althaus

Im Kanton Zürich werden die Jungfreisinnigen Schweiz über die Jungfreisinnigen Kanton Zürich die Möglichkeiten einer Volksinitiative zur Einführung des Fachs «Politische Bildung» prüfen. Falls eine Volksinitiative in Angriff genommen werden soll, werden die anderen kantonalen Jungparteien und das kantonale Jugendparlament beigezogen. Zukünftig wird sich das Jugendparlament Kanton Zürich (Jupa ZH) mit dem Projekt PolitStage vermehrt für die politische Bildung der Sekundarstufe I engagieren. Angebote für die Sekundarstufe II werden weiterhin beibehalten. Das Jupa meldet sich bei der Bildungsdirektion Zürich und schildert seine Ideen, Anliegen und die bestehenden Möglichkeiten. Ziel ist es, eine Empfehlung der Bildungsdirektion an die Schulen zur politischen Bildung über die Angebote des Jupas zu bewirken. Unterstützt wird diese Kontaktaufnahme von den Jungparteien, welche nach den Abklärungen des Jupas auch über die Ergebnisse informiert werden. Das Jupa plant weiter, seine Angebote zu politischer Bildung an der Pädagogischen Hochschule Zürich vorzustellen, damit künftige Lehrpersonen diese in ihren Unterricht einbauen können.

## 2 Kantone Basel-Land und Basel-Stadt

**Teilnehmende am Tisch:** David Trachsel (JSVP BS), Jonas Ferro (JGLP Basel), Zeno Strebel (Junger Rat BS), Alexa Virginia Wöllmer (Jugendrat BL), Joël Bender (Jugendrat BL), Solinda Morgillo (Kinderbüro Basel). Moderation: Jonas Hirschi

In beiden Basel ist das Thema politische Bildung sehr aktuell. So wurde im Kanton Basel-Stadt eine Volksinitiative eingereicht, welche die Einführung eines Fachs Politik in der obligatorischen Schulzeit verlangt. Im Kanton Basel-Land ist im Landrat ein Vorstoss hängig, der die politische Bildung fördern und die Unterschiede zwischen den Schultypen reduzieren will. Die Teilnehmenden aus Basel-Stadt haben ihre Unterstützung für die Initiative in Aussicht gestellt. Sie wollen auch bei der konkreten Umsetzung mitarbeiten und sich so für eine praktische Ausgestaltung der politischen Bildung einsetzen. Der Junge Rat ist hierzu im Kontakt mit dem Erziehungsdepartement des Kantons. Der Jugendrat Baselland hat den Vorstoss für politische Bildung schon seit der Einreichung 2013 begleitet und setzt sich öffentlich mit allen Jungparteien dafür ein. Sollte der Vorstoss keinen Erfolg haben, überlegt sich der Jugendrat den Weg über eine Volksinitiative.



### 3 Zentralschweiz und Kanton Graubünden

**Teilnehmende am Tisch:** Nicola Stocker (JSVP GR), Carina Betschart (Jupa SZ), Sandro Bugmann (Jupa SZ), Jonas Ineichen (Jupa/JUSO LU). Moderation: Mirja Mätzener und Stefanie Bosshard

Die Teilnehmenden aus der Zentralschweiz (Kantone Schwyz und Luzern) und dem Kanton Graubünden waren sich einig: Die drei Kantone wünschen sich ein eigenes Fach für politische Bildung ab Stufe Sek I. Der Kanton Luzern wird das Anliegen an der Jugendsession vom 17. Oktober 2018 aufgreifen. Dabei wird sich erhofft, dass sich die Mehrheit der abstimmenden Jugendlichen für die Stärkung der politischen Bildung ausspricht. Der Kanton Schwyz setzt auf die Jungparteien und will sich das Beispiel aus Aargau als Vorbild nehmen. Im Kanton Aargau konnten die Jungfreisinnigen ein Fach Politik erfolgreich im Lehrplan verankern. Der Kanton Schwyz plant, dafür eine Petition einzureichen. Der Kanton Graubünden will sich für die Umsetzung eines Schulfachs Politik an den Grossrat wenden und eine Initiative im Kanton starten.

### 4 Kanton Bern

**Teilnehmende am Tisch:** Nils Fiechter (JSVP BE), Adrian Spahr (JSVP BE), Corina Liebi (JGLP BE), Lea Schmid (JGLP BE), Nicolai Grimm (JEVP BE), Jannis Strauss (Jupa BE). Moderation: Zoë Maire

Der Kanton Bern möchte hinsichtlich der Stärkung von politischer Bildung folgende Schritte in Angriff nehmen. Das Jugendparlament Bern lädt alle Jungparteien und junge Grossräte zu einem runden Tisch ein. Gemeinsam soll eruiert werden, was gemacht werden kann, um die politische Bildung zu fördern. Idealerweise wird dabei ein Statementpapier ausgearbeitet und von möglichst vielen Teilnehmenden des runden Tisches unterzeichnet. Dieses Papier wird an Lehrpersonen, Gymnasien, Berufsschulen und Pädagogische Hochschulen verschickt und fordert die Angeschriebenen dazu auf, einen stärkeren Fokus auf die politische Bildung in der Ausbildung und im Unterricht zu setzen. Begleitet werden kann der Aufruf im Papier mit Öffentlichkeitsarbeit, sodass die Medien und nicht zuletzt die Berner Bevölkerung aktiv über die Forderung informiert werden.

### 5 Romandie

**Teilnehmende am Tisch:** Oxel Suarez Alvarez (Jupa FR), Timon Gavallet (Jupa FR), Sébastien Thomas (JSVP GE), Floriane Wyss (FDP), Damien Richard (DSJ). Moderation: Barry Lopez

Da die Teilnehmenden am Romandie-Tisch heterogen zusammengesetzt waren, wurde beschlossen, Vorschläge für Massnahmen zu formulieren, die in allen Kantonen der Romandie angewendet werden können. Heute ist politische Bildung in der Romandie sehr theoretisch ausgestaltet. Ein konkreter und umfassender Zugang zu politischer Bildung ist allerdings notwendig. Wenn die Gemeinde ein jugendbezogenes Thema in der Legislative oder Exekutive bespricht, sollten junge Erwachsene über die Schulen oder Verbände konsultiert werden. Weiter sollten junge PolitikerInnen in Schulen eingeladen werden, um über politische Themen zu sprechen, z.B. in Form von Diskussionen oder einem Austausch. Auch Politiker können eingeladen werden, um ihre Tätigkeit als gewählteR AmtsträgerIn zu präsentieren. Dabei sollte auf konkrete Weise der Einfluss der Politik auf das tägliche Leben aller, insbesondere der Jugendlichen, veranschaulicht werden. Weiter förderlich wäre der Aufbau eines Systems von



KlassenvertreterInnen, welche über echte Verantwortung, große Gestaltungsfreiheit und Mittel zur Durchführung von Projekten verfügen. In den Schulen sollten auch praktische Themen wie Steuern oder die Krankenversicherung diskutiert werden. Besuche von Institutionen wie Gemeindegassen oder eines Gerichts sollten ebenfalls in den Unterricht miteinfließen. Es wird weiter empfohlen, sich den politischen Nachrichten der Welt und der Schweiz ab der Sekundarstufe I zu nähern.

## 6 Kantone Thurgau und Solothurn

**Teilnehmende am Tisch:** Leah Gutzwiller (Jupa SO), Rafael Fritschi (JCVP TG), Melisa Yener (Jupa SO). Moderation: Sebastian Niessen und Maurus Blumenthal

Der Kanton Solothurn ist sehr bemüht, die politische Bildung auszubauen. Aktuell wird politische Bildung auf Stufe Sek II z.B. in der (auf Bundesebene geregelten) Berufsmatura KV in den Fächern Geschichte und Recht und in der Berufsschule im Fach „Allgemeinbildung“ abgedeckt. Auch war der Kanton bei der Ausarbeitung neuer Lehrmittel involviert. Dennoch; sowohl auf Stufe Sek I als auch in den Kantonsschulen ist es sehr stark von der Lehrperson abhängig, ob und in welchem Umfang politische Bildung eine Rolle spielt. Informelle politische Bildung (z.B. Jugendpolititag) und formale Schulbildung sind im Kanton ferner bei unterschiedlichen Departementen angesiedelt. Als Lösungsvorschlag wurde erarbeitet, dass eine kantonale Projektwoche ausgearbeitet werden könnte, die je nach Gemeinde angepasst werden kann. In dieser soll die Motivation zur politischen Teilhabe (im Gegensatz zur Faktenvermittlung) eine Hauptrolle spielen. Die Themen, die in der Projektwoche behandelt werden, können freiwillig ausgewählt werden. Deshalb sollen die Wünsche der Schulen bei der Ausarbeitung der Projektwoche miteinfließen.

Im Kanton Thurgau soll eine Projektwoche zur Politik für die Sek-I an allen Oberstufen eingeführt werden. Dafür soll die Schulleiterkonferenz überzeugt werden, da Projektwochen in der Kompetenz der Schulen liegen. Mit einer Projektwoche könnten die bereichsübergreifenden Kompetenzen von politischer Bildung, welche im Lehrplan 21 formuliert wurden, gefördert werden. Die Projektwoche könnte von der Pädagogischen Hochschule Thurgau ausgearbeitet werden und sollte mit politischen Themen arbeiten, welche die Jugendlichen selber betreffen. Der Kanton könnte Gelder zur Verfügung stellen, damit die Schulen die Mehrkosten, welche bei einer Projektwoche anfallen, finanzieren können. Weiter soll im Kanton Thurgau ein Vorstoss im Kantonsparlament eingereicht werden, der vom Regierungsrat eine Auslegeordnung zum jetzigen Stand der politischen Bildung im Kanton verlangt. Ziele dieser Auslegeordnung sind die Darstellung des aktuellen Angebots politischer Bildung auf allen Schulstufen. Zusätzlich sollen Verbesserungsmöglichkeiten auf Grundlage der Ziele von politischer Bildung im Lehrplan 21 ausgearbeitet werden.